



zugespitzt eräumt und abgeräumt



zürich im winter 91/92

städtische drogen- und ordnungspolitik.
eine dokumentation der ereignisse und
des widerstandes.

Impressum

Herausgeberin: Gassenarbeit ZAGJP
Autor: Reto Tischhauser
Lay-out: Jörg Köppl
Fotos: Gertrud Vogler
 Katrin Götsch
Druck: ADAG
Auflage: 600
Preis: Fr. 18.50

C Gassenarbeit ZAGJP

Die Dokumentation kann bestellt
werden bei:

Gassenarbeit ZAGJP
Langstrasse 113
8004 Zürich

Tel: 01/241 78 11
Fax: 01/241 72 80

Inhaltsverzeichnis	Seite 1
Vorwort	2
Vorgeschichte	4
Schlag auf Schlag	10
Chronologie der Ereignisse: Oktober 91 - 5. Februar 92	
Der Boykott der braunen Ausweise:	48
Interview mit einem ehemaligen Mitarbeiter einer städtischen Notschlafstelle.	
Platzspitz endgültig vergittert	54
Ausnahmezustand im Kreis 5	58
Repression und humane Lippenbekenntnisse:	67
Offizielle Politik nach der Platzspitzschliessung	
Die interkulturelle Sitzung:	72
Interview	
Gegen Räumung auf die Gasse	76
Interview mit dem Team Gassenarbeit der ZAGJP	82

Vorwort Juni 92

Die zwanzigjährige Kontinuität der offiziellen Drogenpolitik in Zürich bleibt auch im Winter 91/92 gewahrt. Der amtierende sozialdemokratisch dominierte Stadtrat versucht den öffentlichen Raum mit verstärkter Repression von der offenen Drogenszene zu säubern. Zum altbekannten Muster der städtischen Drogenpolitik kommen aber zwei neue Faktoren: Die Dauerpräsenz des Themas in den Medien, und der liberale Diskurs zur Drogenpolitik und Drogensucht auf breiter Ebene.

Am 5. Februar 92 wird der Platzspitz, seit 1984 Standort der offenen Drogenszene in Zürich, geräumt und geschlossen. Eines der Argumente des Stadtrates für diesen Schritt war "ordnungspolitischer Handlungsbedarf". Diese Ordnungspolitik richtet sich in der Folge aber nicht ausschliesslich gegen die Drogengasse, sondern auch gegen aufmüpfige SozialarbeiterInnen, gegen die in den letzten Jahren geduldete Besetzung von leerstehendem Wohnraum, gegen die Autonome Kulturwerkstatt Wohlgroth, gegen Frauenräume und alternative Kulturprojekte oder Strassenmusik und -tanz auf Zürichs Strassen.

Die Betroffenen dieser Politik schliessen sich im Winter 91/92 zusammen, um mit Aktionen, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen und Flugblättern die Ausgrenzungsstrategien des Stadtrates zu bekämpfen. "Räume statt Räumungen" wird zum gemeinsamen Motto.

Die Dokumentation "Zugespitzt und abgeräumt" fasst die Geschichte der städtischen Drogen- und Ordnungspolitik des vergangenen Winters in einer Chronologie von Oktober 91 bis März 92 zusammen. Anhand von Interviews, Flugblättern und Fotos können sich die LeserInnen ein eigenes Bild über Inhalt, Form und die Folgen des Widerstandes gegen diese Politik machen.

vor -

Foto: Katrin Götsch



Im Frühling 1990, fast zwei Jahre vor der Platzspitzschliessung, wählen die Zürcher StimmbürgerInnen einen sozialdemokratisch dominierten Stadtrat. Im Gemeinderat besteht für die nächsten vier Jahre eine "rot-grüne" Mehrheit. Viele ZürcherInnen hoffen, dass durch diese Wahl die brennenden Probleme dieser Stadt endlich im Sinne der Betroffenen angegangen werden. Das Erbe der Bürgerlichen für die neue Stadtregierung ist nicht ohne: Drogenpolitisches Debakel, anhaltende Wohnungsnot, städtisches Verkehrschaos, hochverschuldete öffentliche Hand.

geschichte

Das waren auch die Themen, mit denen sich die Sozialdemokraten während des Wahlkampfes gut verkaufen. Doch der Anfangsbonus des neuen Stadtrates ist schnell verspielt.

Sparen als politisches Konzept

Das wichtigste Problem scheint der neuen Exekutive die Sanierung des städtischen Finanzhaushaltes zu sein. Schon die Bürgerlichen in der vergangenen Regierungsperiode wateten in den roten Zahlen. Die wussten aber auch, wie Budgets "frisirt" werden müssen, damit sie in der Öffentlichkeit alleweil noch gut aussehen. Da denken die Sozis "ehrlicher" bzw. naiver. Sie veröffentlichen die ganze Finanzmisere schon zu Anfang ihrer Amtszeit und rufen zum Sparen auf.

Auch im sozialen Bereich und bei der städtisch subventionierten Kultur soll massiv gespart werden. Am härtesten werden diese Massnahmen soziale und kulturelle Projekte an der Basis treffen, die nicht direkt von städtischen Behörden kontrolliert werden (Mädchentreff, private Kindergärten, Rote Fabrik,

ZAGJP usw.). Diese Projekte oder Institutionen erhalten für ihre Arbeit ohnehin wenig Geld von der Stadt und halten sich immer nur knapp über Wasser. Aber die "Sparmassnahmen" treiben noch andere Blüten. Ueber die Kürzung oder das Zurückhalten von Subventionen wird in Zukunft vom Stadtrat auf verschiedene Institutionen politischer Druck ausgeübt. Wer nicht die gleiche Linie wie der Stadtrat vertritt - beispielsweise in der Drogenpolitik - soll über das Geld diszipliniert werden. Nur bei der Polizei wird nicht gespart, die Kadenz ihrer Einsätze wird ab Sommer 90 ständig höher und damit wären wir bei der

Drogenpolitik.

Der Gemeinderat sagt im Mai 90 deutlich "Ja" zur Schaffung von FixerInnenräumen. Dieser Entscheid wird aber freiwillig der Volksabstim-

mung unterstellt. Im Juni führen altgediente Polizisten die erste Razzia unter dem neuen "rot-grünen" Stadtrat durch. 370 Personen werden kontrolliert. Neue Gesichter im Stadthaus, Kontinuität der "Politik" gegen die Gasse. Am 18.7.90 beliefert der Stadtrat die Presse und die Öffentlichkeit mit einem 10-Punkte-Programm zur Drogenpolitik. Mitte August beginnt die Polizei zusammen mit Arbeitern der Armit AG, gegen den Protest der Gasse, täglich zweimal die Filterlitische auf dem Platzspitz abzuräumen. Damit soll, nach den Worten des - offensichtlich "grünen" - Stadtrates, die "Sogwirkung" des Platzspitzes eingeschränkt werden. Tatsächlich wird versucht, eine funktionierende Selbsthilfestruktur der DrogenkonsumentInnen zu zerschlagen.

10 DROGENPOLITISCHE GRUNDSÄTZE DES STADTRATES VON ZÜRICH

1. Der Stadtrat von Zürich setzt alles daran, dass Menschen suchtfrei leben können, anerkennt indessen die Existenz von Abhängigkeiten in unserer Gesellschaft und die Tatsache, dass Suchtmittel heute und wohl auch in Zukunft konsumiert werden.
2. Die Sucht ist, soweit möglich, mit präventiven Mitteln zu verhindern.
3. Der Stadtrat von Zürich geht davon aus, dass die Suchtmittelabhängigkeit oft die Folge einer Verkettung belastender Entwicklungen, psychologischer Vorgänge sowie fehlender glaubwürdiger Alternativen und Perspektiven ist, dass Schuldzuweisung demnach keine konstruktiven Veränderungen bei den Betroffenen bewirken.
4. Drogenabhängige gehören zu unserer Gesellschaft, auch wenn ihr Verhalten unter den geltenden gesetzlichen Bestimmungen immer wieder Rechte und Gefühle anderer Menschen beeinträchtigt.
5. Der Stadtrat unterstützt Bestrebungen, die darauf hinzielen, dass Drogenabhängige allein aufgrund ihrer Sucht nicht länger mit den Mitteln des Strafrechts verfolgt werden.
6. Die Drogenpolitik des Stadtrates orientiert sich am Grundsatz, dass Menschen ihren Anspruch auf medizinische und soziale Hilfe nicht deshalb verlieren, weil sie eine Droge konsumieren. Sie ist ferner geprägt vom Bemühen, gangbare Wege zu suchen, die den Bedürfnissen der Abhängigen gerecht zu werden versuchen, den Schutz der Rechte der Dritter indessen respektieren.
7. Die Überlebens-, Lebens- und Integrationshilfe für Drogenabhängige soll dezentralisiert in ambulanten und stationären Einrichtungen kommunaler oder privater Träger erfolgen, die die Vertrauensbildung sowie die Begleitung von Schritten aus der Sucht zulassen.
8. Die Bemühungen des Kantons und des Gemeindepräsidentenverbandes zur Dezentralisierung der Drogenhilfe im Kanton Zürich werden unterstützt.
9. Der Stadtrat lässt sich vom Grundsatz leiten, dass eine offene, überwachte Drogenszene in der Stadt Zürich vorerst toleriert werden muss. Er hat indessen folgende Massnahmen beschlossen, die die Attraktivität des Verbleibens in der Drogenszene Platzspitz und gleichzeitig die Sogwirkung vermindern sollen:
 - a) Durchsetzung des Campingverbotes
 - b) Abräumen der Verkaufsstände
 - c) Zeitliche und umfangmässige Einschränkung der Mahlzeitenabgaben
 - d) Verstärkte Präsenz uniformierter Polizei verbunden mit vermehrten Personalkontrollen.
10. Der Stadtrat unterstützt Schritte, die möglichst im Verbund mit anderen Städten des In- und europäischen Auslandes zu einer reglementierten und ärztlich kontrollierten, diversifizierten und von einem Sozialprogramm (Wohnen/Arbeit/Beratung) begleiteten Drogenabgabe an bereits schwer Süchtige unter genau definierten Bedingungen (Alter, Wohnort) führen.

Der Stadtrat von Zürich, 18. Juli 1990

Schon zu diesem Zeitpunkt befürchten Drogenfachleute, die die Gasse kennen, dass auch weiterhin nur Punkt 9 der zehn drogenpolitischen Grundsätze die Drogenpolitik bestimmen wird. Die restlichen Punkte sind offensichtlich verbales Beigemüse.

Zwei Abstimmungen bewegen die Gemüter im Herbst und Winter 90 in Zürich: Im September wird die Abstimmung über das Definitivum des Quartierzentrums Kanzlei hauchdünn abge-

lehnt. Die Vorlage zu den FixerInnenräumen wird im Dezember vom Stimmvolk deutlich verneint. Beide Vorlagen, die von der Stadtregierung in der Öffentlichkeit brav bis halbherzig befürwortet werden, bekämpft der vereinigte Bürgerblock mit allen Mitteln und - mit Erfolg. Mit NZZ-Artikeln und grossen unsachgemässen bis verleumderischen Inseraten wird, gerade an der Kanzleiabstimmung, die Klinge der Opposition geschärft. Es entsteht der Eindruck als sei jetzt das ganze Jahr Wahlkampf in Zürich. Im Jahresbericht 90 der ZAGJP orakelt das Team Gassenarbeit unter dem Titel "Zukunftsmusik":

Obwohl 1990 im Abstimmungskampf um «Kanzlei» und «Fixerräume» die politischen Positionen durch polarisierte Stellungnahmen besetzt waren, scheint es zwischen «rot/grün» und «bürgerlich» zu einer Koalition gekommen zu sein, wenn es um das Vorgehen gegen die ausgegrenzten Menschen auf der Gasse geht. Trotz immer wiederkehrender liberaler Äusserungen des neuen Stadt- und Gemeinderates lassen sich zur Zeit kaum signifikante Unterschiede erkennen im Umgang mit den Menschen im Shopville, auf dem Platzspitz oder den Strichzonen. Unter so pseudoliberalen Schlagworten wie «Dezentralisierung mit sozialer Betreuung» und «kleine verdeckte Szenen wären das Ziel» könnte sich eine Vertreibungspolitik nach sozialdemokratischem Ordnungsmuster breitmachen, denn: Was wird mit den Menschen passieren, die sich nicht betreuen, verdecken und dezentralisieren lassen wollen?

Was sich 1990 anbahnt, wird im nächsten Jahr Gewissheit. Die Stadtregierung will eine gesäuberte Gasse. Ab der ersten Jahreshälfte 91 zielt die offizielle Drogenpolitik darauf ab, die angebliche "Attraktivität" und die "Sogwirkung" des Platzspitzes zu verkleinern. Zuerst wird mit baulichen Massnahmen vorgegangen: Die Lampen am Rondell werden demontiert, ebenfalls die Bänke und Papierkörbe auf dem Platzspitz. Zur Erläuterung werden Plakate aufgehängt, auf denen in einfachen Symbolen erklärt wird, dass auf dem Platzspitz eigentlich alles verboten ist. Auch das Liegen auf den Bänken rund um den Hauptbahnhof wird mit "gestalterischen Mitteln" verunmöglicht. Auch auf Bundesebene zeichnet sich kein Umdenken gegenüber dem Drogenkonsum in unserer Gesellschaft ab. 20.2.91: Drogenkonsum und Drogenhandel aller Art bleiben strafbar! Der

Bundesrat setzt sich über die Empfehlungen der Subkommission "Drogenfragen" der eidgenössischen Betäubungsmittelkommission hinweg und spricht sich gegen eine Lockerung des Betäubungsmittelgesetzes aus, das zuletzt 1975 revidiert worden war.

Bundesrat Cotti Hauptgrund für diesen Entschluss ist, dass die Nachbarländer der Schweiz ausnahmslos den Konsum und Handel von Drogen bestrafen. "Ein Alleingang der Schweiz mitten in Europa wäre unverantwortlich", meint Cotti.

Die seit Jahren feste Szene auf dem Platzspitz, mit den dort bestehenden Ueberlebenshilfeangeboten, gibt den DrogenkonsumentInnen die Möglichkeit, ihren Gesundheitszustand zu verbessern. Das bestätigt auch das Zipp-Aids an der Pressekonferenz vom 11.3.91. Insgesamt sank der Anteil der HIV-positiven Menschen in der Drogenszene vor allem dank der Abgabe von sauberen Spritzen, Ersatznadeln und Kondomen, innerhalb eines Jahres (1989-90) von 17 auf 11 Prozent. Doch das scheint die Regierung nicht zu interessieren. Ab Frühling 91 wird die Repression gegen die KonsumentInnen verstärkt. Am 3.4. gibt die Staatsanwaltschaft bekannt, dass auf dem Platzspitz "mit erhöhter Polizeipräsenz und beschleunigten Strafverfahren NeukonsumentInnen abgeschreckt und Händler effizienter bekämpft werden sollen". Weiteres Ziel ist, ausländische DrogenkonsumentInnen vom Platzspitz fernzuhalten. Die Staatsanwaltschaft verspricht sich viel von diesem neuen Konzept bei der Bekämpfung des Drogenhandels... Konsequenzen für die DrogenkonsumentInnen: Nach einer Verhaftung sofortige Einvernahme und anschliessende Verurteilung durch einen Bezirksanwalt (BA), zum Teil in nur wenigen Stunden.

Noch Ende des gleichen Monats, ab dem 25.4., werden die beiden Zugänge Matten- und Drahtschmidlisteig mit Gittertoren zwischen 22 Uhr und 6 Uhr zugesperrt. Die Behörden versuchen, den Gassenraum um den Platzspitz einzuschränken.

Im Gegenzug

wird an Pfingsten 91 das ehemalige Fabrikgelände der Firma Wohlgroth im Kreis 5 besetzt. Am Pfingstsamstag tut sich was im Gebiet Dreieck Josef- Klingen- und Zollstrasse. Das seit ca. 2 Jahren leerstehende Wohlgrothareal, auf dem zwei Wohnhäuser und ein grosser verwinkelter Fabriktrakt mit Innenhof stehen, wird geöffnet und über Pfingsten von hunderten von Menschen frequentiert und

neubelebt. Sofort wird mit Renovationsarbeiten angefangen, damit die verschiedensten Ideen so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden können: Beiz mit Volksküche, Konzertraum, Bar, Lesothek, Wohnraum und Flohmarkt. Am Anfang wird in der Wohlgroth auch ein "Junkraum" eingerichtet, in dem die DrogenkonsumentInnen, gerade jetzt bei der erhöhten Repression auf dem Platzspitz, unbehelligt fixen können. Der Deal auf dem Gelände ist verboten. Ein Teil der Frauen in der Wohlgroth beginnt sofort mit dem Aufbau einer experimentellen Frauennotschlafstelle, die tagsüber offen hat, damit Frauen die für ihren Drogenkonsum anschaffen müssen, endlich einmal einen Ort zum Schlafen haben. Eine Frauennotschlafstelle wurde schon an verschiedenen Demos der letzten Zeit gefordert.

Die BesetzerInnen sehen den Aufbau der Autonomen Kulturfabrik Wohlgroth (AKW) als Aktion gegen die absehbare "Totalsanierung" des Kreis 5 und die "Verbürgerlichung ehemals autonomer Kulturstätten".

Der neueröffnete Raum wird im folgenden Jahr als Treffpunkt und Kulturort bestimmend für die ganze Palette von Menschen, die in Zürich gern als randständig, radikal, renitent bezeichnet werden. Das Gelände des Dreiecks wurde der Oerlikon-Bührle Immobilien AG im Baurecht verkauft. Geplant ist eine Grossüberbauung mit Luxuswohnungen, Büros, Läden und einem Restaurant. Die Baubewilligung ist erteilt, doch sind beim Verwaltungsgericht noch diverse Rekurse der Quartierbevölkerung, sowie einer der Stadt, hängig.

Sommer 1991

Dem rechten Politspektrum in Zürich ist die sozialdemokratische Drogenpolitik immer noch zu lasch. Ende Mai fordert die "Arbeitsgemeinschaft Drogenpolitik Zürich" (ein Zusammenschluss aus Gewerbe, unternehmerischen Kreisen und der City-Vereinigung), ein noch repressiveres Vorgehen gegen die DrogenkonsumentInnen: Mehr Polizei, Ausbau des gerichtlichen Schnellverfahrens, mehr Gefängnisplätze und die Anwendung des fürsorglichen Freiheitsentzuges sollen die Gasse säubern.

Ihre Meinung stösst im Stadthaus nicht auf taube Ohren, wie sich noch zeigen wird.

Auch zu anderen Themen spricht der Stadtrat mit gespaltener Zunge gegen links, handelt aber rechts. Zum Beispiel das Versprechen, in Anbetracht der hohen Ozonwerte 1991, die Zürcher Innenstadt verkehrsfrei zu halten:

Menschen, die sich auf der Strasse dafür einsetzen, werden im Sommer von der Polizei vertrieben, um den Verkehr aufrecht zu erhalten...

Obwohl im Sommer die Drogengasse von "Gassa nostra" belebt wird, zieht sich die Schlinge um den Platzspitz immer enger zusammen. Die Grossrazzias halten an und die Schliessungszeiten der Gittertore werden kontinuierlich vorverschoben. Gleichzeitig wird weiter versucht, die DrogenkonsumentInnen hinter dem Landesmuseum zu ghettoisieren: Am 4.7. wird, wie vom Stadtrat angekündigt, das endgültige "Aus" für die mobile Gassenküche der Arbeitsgemeinschaft Platzspitz (Arge) durchgesetzt. Die Mahlzeitenabgabe an die DrogenkonsumentInnen ist jetzt verunmöglich, doch wollen die Leute der Arge weiterhin auf dem Platzspitz präsent bleiben.

Am 17.7. wird die nächste Runde des drogenpolitischen Fiaskos eingeläutet: Der Stadtrat gibt die neuen Devisen zur Drogenpolitik heraus. Am Platzspitz wird ein drittes Tor zwischen Sihl und Landesmuseum gebaut. Die Schliessung aller Eisengitter wird auf 15.30 Uhr vorverschoben. In der Nacht ist nun der Platzspitz nur noch durch den Eingang zwischen Limmat und Landesmuseum erreichbar. Im Park selbst soll ein Spritzenautomat installiert werden. Die technokratisch-repressiven Massnahmen sollen, so die stereotypen Aussagen der Verantwortlichen, die Attraktivität des Platzspitzes schmälern, die "Szene" auf ein Lokalmass verkleinern und sogenannte reduzierte "verdeckte dezentralisierte Szenen" ermöglichen.

Ende des Sommers ein wahres Wort aus einer unerwarteten Ecke. In einer Sendung von DRS2 am 20.8., zieht der Zürcher Kantonspolizei-Stabschef Thomann Bilanz der 20-jährigen repressiven Drogenpolitik: "Wir stehen vor einem klaren Bild des Misserfolges. Die Repression erreicht zwar, dass die Droge viel kostet, sie hat aber nicht vermocht, die Erreichbarkeit der Drogen zu verhindern". Er plädiert für eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums.

Doch die Lage auf der Gasse spitzt sich zu. Der Verlauf der Ereignisse wird zeigen, dass die stadträtliche Politik des vergangenen Sommers gegen die Gasse nur ein Vorgeplänkel der ganz grossen drogenpolitischen Katastrophe war.

September 91

18.9.91 Die Arge Platzspitz stellt, nachdem sie nach zwei Monaten zum erstenmal wieder auf dem Platzspitz gekocht hat, ihre mobile Gassenküche vor dem Rathaus auf, in dem der allwöchentliche Gemeinderat tagt. Den GemeinderätInnen wird Eistee angeboten. Polizeivorstand Neukomm werden Unterschriftskarten übergeben, auf denen viele Leute ihrer Solidarität mit der Arbeit der Arge und den Menschen auf dem Platzspitz Ausdruck geben. In einer Erklärung wird ein sofortiges Umdenken in der Drogenpolitik gefordert: Schluss mit der Repression, autonome Selbsthilfeprojekte von DrogenkonsumentInnen, Legalisierung von Drogen und die freie Abgabe von Heroin und Ersatzdrogen durch unabhängige AertztInnen.

31.9.91 Der Kantonsrat lehnt mit 104 zu 40 Stimmen ein Postulat von Ernst E. Büchi (SVP) ab, das die Erstellung von geschlossenen Anstalten für DrogenkonsumentInnen vorgeschlagen hatte.

31.9.91 Interpellationsantwort des Stadtrates zum zunehmenden "Mischeln" im Shopville. Der Stadtrat will weder die Benützungsvorschriften für öffentliche Unterführungen, noch die allgemeine Polizeiverordnung geändert sehen. Die polizeilichen Wegweisungen würden für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Shop-Ville genügen. Wer sich von BettlerInnen belästigt oder gefährdet fühle, könne Anzeige erstatten, die Polizei werde in diesem Falle eingreifen. Die Polizei habe ein schweres Leben im Bahnhofuntergrund, da bei Wegweisungen die Polizisten oft "dem Unmut von Passanten ausgesetzt wären", die nicht mit dem Tun der Polizei einverstanden sind. Die Beamten würden dann in "unergiebige Diskussionen" verwickelt. Seit dem Frühling macht eine Polizeipatrouille täglich um 6 Uhr morgens einen Rundgang durch das Shop-Ville, bei dem alle dort übernachtenden Obdachlosen geweckt und weggewiesen werden. Die Nachtschliessung des Shop-Villes für Winter 91/92 ist weiterhin vorgesehen. Für die unterirdische "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung", ist nach wie vor die private Protectas-Patrouille angestellt.

31.9.91 Das Konzept der dezentralen Drogenhilfe im Kanton Zürich zur Entlastung der Stadt wird von 80 % der Landgemeinden grundsätzlich befürwortet. 60 % der Gemeinderäte und Fürsorgebehörden bejahen auch

Hilfseinrichtungen für nicht-abstinente DrogenkonsumentInnen. Dieses Konzept wurde 1990 im Auftrag des Gemeindepräsidentenverbandes des Kantons Zürich von einer Arbeitsgruppe, in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle des Zürcher Sozialwesens, erarbeitet. Jetzt soll die Realisierung dieses dezentralen Konzepts vorangetrieben werden. In ein bis zwei Jahren sollen die Hilfseinrichtungen in den Gemeinden stehen. Die Kosten werden sich insgesamt auf 30 Millionen Franken belaufen. Das Konzept beinhaltet Arbeits- und Wohnmöglichkeiten, sowie Tagesstrukturen in den Gemeinden, die nicht nur für DrogenkonsumentInnen, sondern auch für andere sozial ausgegrenzte Menschen bereitgestellt werden sollen.

Die Zürcher Landschaft ist eine Hochburg der SVP. Das schlägt sich auch in diesem Konzept nieder. 66% der Gemeinderäte und 63% der Fürsorgebehörden befürworten den fürsorglichen Freiheitsentzug "für entzugsunwillige Drogenabhängige, die verwahrlost sind oder zu verwahrlosen drohen...".

Oktober

1.10.91 Ergebnis der 1. nationalen Drogen-

konferenz, zu welcher Bundespräsident Cotti Vertreter der Kantone, der Städte und eidgenössische Kommissionen eingeladen hat: Der Konsum von "Drogen" bleibt strafbar. Die Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen wird wohl in absehbarer Zeit in der Schweiz auf Bundesebene kein Thema mehr sein. Zudem will der Bund in nächster Zeit drei internationale Abkommen zur Bekämpfung von Drogen unterschreiben, welche die Möglichkeit einer eigenständigen schweizerischen Drogenpolitik nur schon Richtung einer kontrollierten Heroinabgabe weiter einschränken.

7.10.91 Was schon seit längerem vom Stadtrat angekündigt worden war, wird Tatsache.

Arbeiter beginnen mit dem Bau des dritten Gittertores am Platzspitz, beim Eingang zwischen der Sihl und dem Landesmuseum. In der Zeit von 15.30 und 6 Uhr ist der Platzspitz in Zukunft nur noch über den Eingang zwischen Landesmuseum und Limmat erreichbar. Das errichtete Tor ist von herausragenden Metallspitzen gekrönt, die ein Ueberklettern verhindern.

14.10.91 Razzia auf dem Platzspitz. Am Nachmittag werden dort 200 Personen kontrol-

GASSENARBEIT

Zur Situation von Frauen auf der Gasse

Studien aus Deutschland belegen, dass über 80% der Frauen, die sich prostituieren müssen, um ihren Drogenkonsum zu finanzieren, schon in ihrer Kindheit sexuell ausgebeutet wurden. Die Täter waren Väter, Stiefväter, Nachbarn, Verwandte, Grossväter, Bekannte, Heimerzieher, Heimleiter, Lehrer - nicht selten hat die Ausbeutung in Therapiestationen ihre Fortsetzung gehabt.

In den Biographien von betroffenen Frauen spielen Drogen eine wichtige Rolle: sowohl Tabletten und Alkohol wie illegale Drogen werden gebraucht, um die schrecklichen Erinnerungen zu verdrängen und um trotz ihnen überleben zu können. Auch Ess- und Magersucht haben häufig einen Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung als Mädchen.

Die Gassenarbeiterinnen der ZAGJP haben für Frauen, die sich prostituieren müssen, um ihren illegalen Drogenkonsum zu finanzieren, das Atelier Purpur eingerichtet. Als Prostituierte und Fixerinnen doppelt stigmatisiert und als Frauen in unserer Gesellschaft durch die übliche Diskriminierung in ihrer Entfaltung und Selbstbestimmung beschnitten, brauchen sie ganz besonders unsere Akzeptanz, unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Draussen auf der Gasse ist ihr Leben äusserst energieraubend. Immer häufiger muss nicht nur für den Stoff, sondern auch für Bussen angeschafft werden. Offenbar dem Druck aus reaktionären Kreisen nachgebend, hat die Polizei während der letzten Monate ihre Präsenz im Seefeldquartier massiv verschärft. Die Frauen werden mit Bussen und Drohungen verjagt, während die Freier in Ruhe gelassen werden.

liert und 19 Menschen festgenommen. Sieben von ihnen wurden direkt dem Bezirksanwalt überführt, einer war zur Festnahme ausgeschrieben. Polizeibeute: 20 Gramm Heroin, gleichviel Kokain, ein Revolver und 50 Gepäckrollis, die als "Filtertischchen" benutzt werden.

15.10.91 Pressekonferenz der ZAGJP zum 20-jährigen Bestehen. Nebst einem Rückblick auf 20 Jahre zürcherischer Drogenpolitik und der eigenen Geschichte darin, werden Forderungen zur aktuellen Drogenpolitik formuliert, die wegführen von der sich im Kreise drehenden v.a. repressiven Flickwerkpolitik, hin zu einem menschenwürdigen Leben für DrogenkonsumentInnen. Die Möglichkeit dazu schafft in erster Linie die Legalisierung aller Drogen,

so die ZAGJP an ihrer Pressekonferenz. Kritik wurde am Stadtrat geübt, der gerade in der momentanen Situation bei der Ueberlebenshilfe nur zögernd aktiv sei. (z.B. das absurde Verbot, in den Notschlafstellen das Fixen zu verbieten). Eher düster ist die finanzielle Zukunft der ZAGJP. Die jährliche städtische Unterstützung von bis zu einer Million Franken, die die Stimmberechtigten 1988 befürworteten, ist nicht mit einem Teuerungsausgleich versehen. Ueberdies will die Stadt die Beiträge 1992 um ca. 100000 Franken kürzen. Andere Geldgeber wie die Kirche haben das Geld momentan auch nicht allzu locker in der Tasche. Darum ist es absehbar, dass die ZAGJP ihr gewohntes Angebot nicht aufrechterhalten kann.

schlag

Da die Standplätze in den LEGALEN Strichzonen von den professionellen Prostituierten verteidigt werden, stellen sie für Fixerinnen keine Ausweichmöglichkeit dar. Sie wären auf eine TOLERIERTE STRICHZONE angewiesen!

Dazu ist der Hauptbahnhof völlig ungeeignet, denn hier sind sie der Oeffentlichkeit in einem Mass der Betrachtung und Identifizierung ausgeliefert, die jahrelange Konsequenzen auf ihr Privatleben hätte. Zudem zieht der Platzspitz geizige kranke Freier an.

Die staatliche Repression auf dem Platzspitz - Ghettoisierung durch Gittertore, Schikane durch Entfernung aller Bänke, Einschränkung der Essensabgabe - schürt Unruhe und Gewalt auf dem Platzspitz und entlädt sich nicht selten an Frauen. Demütigung, Geringschätzung, sexistische Uebergriffe und Betrug von Seiten der Freier, der Polizei und Dealern gehören zum Alltag, zur Allnacht der Frauen auf der Gasse.

Aber damit nicht genug: den Frauen, die anschaffen, wird sogar das Recht auf Schlaf abgesprochen! Von den fünf städtischen Notschlafstellen kann keine einzige von diesen Nachtarbeiterinnen benutzt werden, weil diese um 24.00 Uhr schliessen. Sie müssen tagsüber schlafen können! Obdachlose Frauen, die den Strich machen, finden oft tagelang keinen ungestörten Schlaf, versuchen es draussen oder im Tram. Das hat prekäre Auswirkungen auf ihre Gesundheit und soziale Situation. Und übernachtigte Frauen sind den hohen Anforderungen, die die Prostitution mit ihren Gefahren an eine Frau stellt, nicht gewachsen.

Das Fehlen einer Frauennotschlafstelle ist ein Skandal!

Beitrag der Gassenarbeit an der ZAGJP-
Pressekonferenz vom 15.10.91

Die Zeichen der Zeit erkennen..., im Rückblick wissen es alle immer besser. Die Konzeptlosigkeit und Repressionsbereitschaft in der Drogenpolitik der politisch Verantwortlichen in Zürich wurde im Laufe des Jahres 1991 immer offensichtlicher. Und nicht nur dort. Die amtierende SP-dominierte Stadtregierung hält nichts von grossen Würfeln, von notwendiger Unkonventionalität, sie hält nichts davon, die vier Jahre zur Verfügung gestellte Macht für wegbereitende, weichenstellende, linke Politik zu nutzen. Nein, sie arbeitet lieber im Grauen, "small... is beautiful" hauptsächlich für die

auf schlag

bürgerliche Opposition. Diese steht bar jeglicher Verantwortung maliziös lächelnd im Hintergrund und schaut händereibend zu, wie die "gschaffigen" Sozis endlich ein paar Tatsachen schaffen, die sie sich schon lange wünschten, aber unter ihrer letzten Regentschaft 1985-89 nie offen angepackt haben: Finanzielle Kürzungen bei der Unterstützung von sozial Schwächeren, Subventionsabstriche v.a. bei kleineren alternativen Kulturinstitutionen und im sozialen Bereich, dem Kanzlei das Grab schaufeln, die Polizei bleibt sich selber treu und die Repression gegenüber der DrogenkonsumentInnenszene wird verschärft. Oktober, der Herbst hat angefangen, auch der Stadtrat lässt in der Drogenpolitik das letzte Feigenblatt fallen,

bzw. lässt es sich vom anhin fast unbekanntem Statthalter Bruno Graf hinunterreissen.

Bruno Graf will auch mal im Rampenlicht der Medien stehen

Die Drogenszene Platzspitz ist bis spätestens 15. November vollständig und dauerhaft zu eliminieren. Dies ist der Inhalt einer aufsichtsrechtlichen Weisung, die der Statthalter des Bezirks Zürich am Mittwochmorgen dem Zürcher Stadtrat überbracht hat. Die Stadtbehörden seien ihrem gesetzlichen Auftrag, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, am Platzspitz nicht nachgekommen, begründete Statthalter Bruno Graf seinen Entscheid am Mittwoch an einer Pressekonferenz in Zürich. Der Zürcher Stadtrat kündigte gleichentags an, er werde beim Regierungsrat Rekurs gegen die Weisung einreichen.

TagesAnzeiger 17.10.91

Herrn Graf scheint es entgangen zu sein, dass in langen Jahren scharfer Repressionspolitik weder das Drogenelend gemindert noch der Drogenumschlagplatz Zürich beseitigt werden konnte. Jetzt glaubt auch er, das Problem mit Gewalt lösen zu können. Nur: woher die Kraft? Für eine einmalige Räumungsaktion lassen sich zwar genug Stadt- und Kantonspolizisten mobilisieren. Aber danach? Die Durchsetzung der Repression und die Kontrolle der Drogenszene wird so grosse Teile der polizeilichen Mittel binden, dass der heute schon überlasteten Polizei schlicht die Kapazitäten für die Alltagsarbeit fehlen werden. Drogenkleinkrieg, Beschaffungskriminalität, Dealereien werden in den Wohngebieten um sich greifen, und die gehetzten Polizisten werden meist zu spät kommen. Zur Freude der bürgerlichen Politiker wird man in Robert Neukomm einen sozialdemokratischen Buhmann zur Verfügung haben.

Dies ist verantwortungslose Kurzsichtigkeit. Das Drogenproblem ist nicht mit einer einzigen Polizeiaktion unter den Tisch zu wischen. Die Wirklichkeit wird anders aussehen: Eine verunsicherte Bevölkerung, die sich nachts nicht mehr aus dem Haus traut, spritzenverseuchte Parks und Spielplätze in der ganzen Stadt, vermehrte Beschaffungskriminalität in den Quartieren.

Zum weitsichtigen Handeln gehören Konzepte. Hier macht es sich Herr Graf besonders einfach – und das ist das Schlimmste an seinem Vorpreschen: ein längerfristiges Konzept hat er nicht einmal in Ansätzen anzubieten. Da kann der Beifall aus dem bürgerlichen Lager noch so frenetisch sein: Statthalter Grafs politischer Rundschlag wird ausser einem drogenfreien Platzspitz nichts erreichen. Bleiben wird ein noch grösseres Elend der Drogenabhängigen. Noch höhere Millionengewinne der Dealer. Noch mehr Kriminalität. Eine noch stärker überforderte Polizei – und vor allem eine noch grössere Verunsicherung der Zürcher Stadtbevölkerung.

ROLF SCHMID, ZÜRICH

Wie schon zu Zeiten des AJZ ist die zwingende Elimination eines «rechtsfreien Raumes» das angeblich massgebende Motiv. Das mag stichhaltig sein, solange nicht mit zweierlei Ellen gemessen wird. Sollte es sich nämlich begeben, dass Statthalter Graf wieder einmal eine Fahrt auf unseren Autobahnen unternimmt, so ist zu hoffen, dass ihm dieser rechtsfreie Raum ebenfalls nicht entgeht.

Wenn man täglich unterwegs ist, weiss man aus Erfahrung, dass Polizeikontrollen auf den Autobahnen kaum existieren, dass bei Lastwagen und Anhängerzügen 105 km/h und bei Personenwagen über 140 km/h das tolerierte Grundtempo darstellen und grösste Verkehrsregelverletzungen an der Tagesordnung sind. Vergegenwärtigt man sich den daraus resultierenden Personen- und Sachschaden auf unseren Strassen, so erscheint die nunmehrige Argumentation des Statthalters mit der zwingenden Natur des Legalitätsprinzips beim Platzspitzentscheid als blanker Zynismus.

H. W., DETTIGHOFEN

Leserbriefe TagesAnzeiger 24.10.91

18.10.91 Die Arge Platzspitz reicht beim Regierungsrat des Kantons Zürich eine Aufsichtsbeschwerde gegen das Schnellverfahren bei Betäubungsmitteldelikten am Platzspitz ein. An einer Pressekonferenz teilt die Arge mit, dass im Rahmen des beschleunigten Verfahrens um die tausend Strafbefehle ausgesprochen worden seien. Diese sollen nun auf ihre Gesetzmässigkeit hin überprüft werden. Anlass für die Aufsichtsbeschwerde war der Entscheid des Zürcher Bezirksgerichts, welches das Vorgehen von Polizei und Untersuchungsbehörden bei einem Schnellverfahren gegenüber einem Drogenkonsumenten im April als teilweise unzulässig erklärt hatte.

21.10.1991 Am Platzspitz wird ein Spritzenautomat installiert. Dieser soll das Zipp-Aids

Team entlasten und die Versorgung mit sauberen Spritzen in der Nacht gewährleisten. (Das Zipp hat von 23 Uhr bis 7 Uhr geschlossen) Die Funktionstüchtigkeit des Automaten soll auch hinsichtlich einer dezentralen Versorgung mit sauberen Spritzen getestet werden. Kostenpunkt: 28000 Franken. Funktionsprinzip: Dreckige Spritze hinein, saubere heraus. Erfahrung: Der Apparat funktioniert meistens nicht.

21.10.91 "Ueber Drogen nicht nur reden, sondern miteinander sprechen". Das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) lanciert eine dreijährige Kampagne zur Drogenprävention, die 6,6 Millionen Franken kosten soll. Zielpublikum sind nicht die "suchtgefährdeten" Jugendlichen, sondern deren Kontaktpersonen, Eltern, LehrerInnen, die Vorgesetzten am Arbeitsplatz. Es wird bei der Kampagne nie ganz klar, was für Drogen überhaupt angesprochen sind. Die Kampagne kommt mit ausgesprochen langweiligen, biedereren Botschaften daher. Das BAG empfand "die Emotionalisierung der Botschaft als kontraproduktiv". Kostproben der Kampagnenparolen: "Wer gelernt hat, nein zu sagen, kann es auch leichter zu Drogen sagen."

Oder der Text vom Schwarzweissplakat: "Auch beim Denken über Sucht und Drogen sind zwei Farben zuwenig". Und jetzt noch so richtig persönlich: "Liebe Lehrmeister, wissen ihre Lehrlinge, dass Sie sie schätzen?"

23.10.91 Die Frauennotschlafstelle in der Wohlgroth wird geschlossen und das Haus den Benutzerinnen übergeben. Die Notschlafstelle für Frauen, die ihren Drogenkonsum auf dem Strich verdienen müssen, hatte ihre Öffnungszeiten der Schlafenszeit der Benutzerinnen angepasst und war darum tagsüber geöffnet. Die Frauen, die die experimentelle Notschlafstelle im Wohlgroth durch ihre Gratisarbeit möglich gemacht haben, betrachteten ihr Pilotenprojekt als Experiment auf Zeit. Ihnen ging es nebst den konkreten Schlafmöglichkeiten für die Benutzerinnen darum, der Forderung nach einer städtischen Frauennotschlafstelle bei der Stadt und insbesondere beim Sozialamt, Nachdruck zu verleihen. Nach jahrelangen Versprechungen ist endlich einmal Handeln angesagt. Jetzt sind die Frauen vom Team nicht mehr bereit weiterzumachen: "Unser Betrieb war nicht als dauernde Einrichtung geplant, weil wir nicht bereit sind, in die übliche Rolle von Frauen zu schlüpfen. Das heisst, unbezahlte Sozialarbeit zu leisten. Es ist an der Stadt, diese Aufgabe zu übernehmen".

Schliessung der experimentellen Frauennotschlafstelle im Frauenhaus Wohlgrothareal

Nach viereinhalb Monaten Betriebszeit der ersten zürcherischen Frauennotschlafstelle nur für Frauen, wird dieses Experiment durch uninitiierte Frauen beendet. Die Schliessung ist keineswegs als trauriges Ende eines misslungenen Versuches zu verstehen. Für uns war von Anfang an klar, dass wir nicht auf unbegrenzte Zeit eine Aufgabe übernehmen würden, die der Stadt obliegt und von dieser als vollwertige Arbeit anerkannt und selbstverständlich bezahlt werden muss.

Als wir Frauen im Mai 91 im Rahmen der Wohlgrothbesetzung das kleine der beiden Wohnhäuser einnahmen, um die dringend benötigte Frauennotschlafstelle zu verwirklichen, waren wir uns bewusst, dass diese Gratisleistung einerseits dem netten Bild der sozial tätigen, unterbezahlten Frau zu entsprechen, andererseits aber hatten wir die Möglichkeit Frauenraum zu schaffen und diesen mit anderen, schlechter gestellten Frauen zu teilen. Diese Möglichkeit einen Treffpunkt für Frauen zu schaffen, mit denen frau sonst nie in Kontakt kommt - ausgehend davon dass Offenheit im kleinen beginnt, wenn sie überhaupt einmal Grenzen im grossen überschreiten soll - war stärker als die eigenen guten Gefühle.

Das Wohnhaus wurde in Stand gesetzt, bewohnbar gemacht und Anfang Juni eröffnet. Mit Öffnungszeiten von 6.00 bis 18.00 Uhr konnte es von Benutzerinnen, hauptsächlich Frauen die sich durch Prostitution ihren Drogenkonsum finanzieren müssen, eine Verschnaufpause in ihrem von Schikanen, Betrug und Sexismus geprägten Leben geboten werden. Gerade die Frauen auf der Gasse leiden unter dem zunehmenden Druck von aussen besonders stark. Immer häufiger muss nicht nur für Stoff sondern auch für Bussen angeschafft werden. Die staatliche Repression auf dem Platzspitz - Ghettoisierung durch Gittertore, Schikane durch Entfernung aller Bänke, Einschränkung der Essensabgabe, Wegmontieren der Abfalleimer - schürt Unruhe und Gewalt und diese entlädt sich nicht

29.10.91 Pressekonferenz gegen die geplante Hardaunotschlafstelle. Das Bauamt II hat neben der Tiefgarage hinter dem Hotel Nova Park eine Notschlafstelle in Baracken projektiert. An der Pressekonferenz der GegnerInnen sprechen v.a. drei Männer fürs Grobe: Der Präsident des Quartiervereins Aussersihl-Hard, Künzi, der Vertreter des Hotels Nova Park, Naepflin und Jörg Frey, Sprecher der "Aktion betroffener Anrainer (ABA)", eine Gruppe von Hardlinern aus dem rechten Parteienspektrum, die sich in der Drogenpolitik die totale Prohibition, Repression und Zwangsentzug auf ihre Fahnen geschrieben haben. Die Stossrichtung der Referierenden ist klar: a) Keine Notschlafstellen, da diese "Sogwirkung" haben und b) wenn sich Notschlafstellen nicht verhindern lassen, dann sicher keine im Quartier Aussersihl-Hard.

29.10.91 Die AkW Wohlgroth veranstaltet eine Pressekonferenz zur absehbaren Platzspitzschliessung.

Am gleichen Tag wird das besetzte Haus an der Hottingerstrasse 25 geräumt. Die BewohnerInnen stehen nach eineinhalb Jahren "Schonfrist" wieder auf der Strasse.

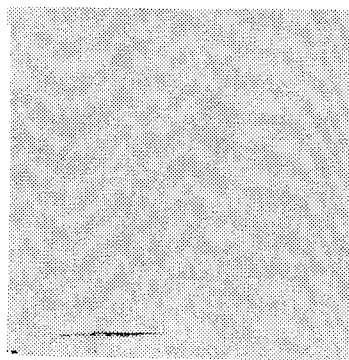
... an Frauen. Demütigung, Geringschätzung, sexistische Übergriffe und Betrug von Seiten der Freier, der Polizei und Dealern gehören zum Alltag, zur Allnacht der Frauen.

Wenn auch die Gasse vor dem Frauenhaus nicht Halt gemacht hat, so ermöglichte dieses Modell dennoch die Deckung der elementarsten Bedürfnisse wie schlafen, essen, waschen und kommunizieren. Im Gegensatz zu den gemischten, übrigen Notschlafstellen konnte im Frauenhaus zudem ein wirklicher Schutz vor sexuellen Belästigungen durch Männer gewährleistet werden.

Die Notwendigkeit einer Frauennotschlafstelle ist schon seit langem bekannt und liegt als geplantes Projekt, das aber immer wieder scheitert, in der Stadt seit Jahren auf. Das Experiment Frauennotschlafstelle sollte einmal mehr an die dringende Notwendigkeit der Verwirklichung dieses Projektes erinnern. Es ist bezeichnend wieviel schneller und problemloser unser Versuch auf die Beine gestellt und weder von Hierarchie, Bürokratie noch durch ausschweifende Vergewalt(tätigkeiten) verhindert wurde. Die absolut minimalsten Anforderungen an ein menschenwürdiges Dasein werden für viele obdachlose Frauen in Zürich nicht eingehalten, wenn nicht endlich diese Frauennotschlafstellen realisiert werden.

Man kann keine von den fünf städtischen Notschlafstellen von diesen Mitarbeiterinnen benutzt werden, da sie nur während der Nacht bis 06 Uhr Schlafmöglichkeit bieten. Die Frauen aber müssen tagsüber schlafen können! Obdachlose Frauen, die den Strich machen, finden oft überhaupt keinen ungestörten Schlaf, versuchen es draussen oder im Frauenhaus. Das hat prekäre Auswirkungen auf ihre Gesundheit und soziale Situation. Übernächtigte Frauen sind den hohen Anforderungen, die die Stadt mit ihren Gefahren an eine Frau stellt, nicht gewachsen. Die Stadt, die Gewalt, die eine prostituierte Obdachlose dadurch erfährt, ist für die Stadt verantwortlich.

Die Besetzerinnen



Der Stadtrat von Zürich gibt knapp zwei Wochen nach dem Statthalter öffentlich bekannt, dass der Platzspitz in absehbarer Zeit geschlossen werden soll. Bruno Graf hat ihnen leider schon die mediale Show gestohlen und die ohnehin rampo- nierte Glaubwürdigkeit der stadträtlichen Drogenpolitik wird vollends zur Farce.

Stadtrat räumt Platzspitz bis Sommer 1992

Soziale und medizinische Hilfeleistungen sollen auf Stadtbewohner beschränkt werden

Spätestens ab Sommer 1992 will der Zürcher Stadtrat keine offene Drogenszene mehr dulden; die bestehende Szene auf dem Platzspitzareal soll schrittweise abgebaut werden. Wie die Drogendelegation des Stadtrates am Mittwoch weiter bekanntgab, sollen die sozialen und medizinischen Hilfeleistungen künftig nur noch Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt zugute kommen.

■ VON WERNER BOSSHARDT, ZÜRICH.

«Wir wollen keinen zweiten Sommer wie den Sommer 1991 auf dem Platzspitz»; mit diesen Worten umschrieb Polizeivorstand Robert Neukomm (SP) das Ziel der Beschlüsse, die der Stadtrat auf Antrag seiner Drogendelegation am Mittwoch gefasst hatte. Der Drogendelegation gehören neben Neukomm noch Emilie Lieberherr, Vorsteherin des Sozialamtes, und Wolfgang Nigg (CVP), Vorstand des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes, an. Die Beschlüsse des Stadtrates umfassen sechs Punkte:

● Der Stadtrat will die sozialen und medizinischen Hilfeleistungen der Stadt – Notfälle ausgenommen – auf Bewohne-

rinnen und Bewohner der Stadt Zürich beschränken; nach Angaben Neukomms sind dies gegenwärtig nur etwa 20 Prozent der Drogenabhängigen auf dem Platzspitz.

● Spätestens ab Sommer 1992 will der Stadtrat keine offene Drogenszene mehr dulden. Die bestehende Szene auf dem Platzspitz soll schrittweise mit Hilfe von polizeilichen, sozialen, medizinischen und baulichen Massnahmen abgebaut werden. Aids-Prävention und die Überlebenshilfe sollen gewährleistet werden.

● Die unterirdische Einkaufspassage Shop-Ville soll nachts geschlossen werden.

● In den Quartieren rund um den Platzspitz sollen rund um die Uhr Spezialpatrouillen der Polizei zum Einsatz kommen, um die Sicherheit zu verbessern.

● Im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen wird die Stadt Pilotprojekte mit einer kontrollierten Opiatabgabe durchführen.

● Regierungsrat und Gemeinden werden dringend aufgefordert, die Zielsetzungen des Stadtrates mitzutragen und eigene Massnahmen zu ergreifen.

Mit genaueren Angaben zum zeitlichen Ablauf und zur Umsetzung der Beschlüsse hielt sich der Stadtrat zurück; immerhin liess er durchblicken, dass das Shop-Ville nachts noch in diesem Jahr geschlossen werden könnte, eventuell in Koordination mit einer nächtlichen Schliessung des Platzspitzes. Einen Zusammenhang der jüngsten Stadtratsbeschlüsse mit der Anordnung von Statthalter Bruno Graf, den Platzspitz bis zum 15. November zu räumen, bestritt Neukomm. Die Intervention Graf's habe aber dazu geführt, dass das neue Programm des Stadtrates nun politisch schwieriger durchzuführen sei.

Die Mitglieder der Drogendelegation betonten vor der Presse, der Stadtrat wolle nach wie vor eine liberale und humane Drogenpolitik betreiben. Er halte auch ausdrücklich an seiner Auffassung fest, «dass langfristig die negativen Auswirkungen des illegalen Drogenkonsums ohne eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes nicht wirksam bekämpft werden können». Als heikelsten Punkt des Massnahmenpaketes bezeichnete Stadtrat Neukomm die Mitarbeit von Kantonen und Gemeinden: «Wenn uns die Kantone im Stich lassen, besteht das Risiko, dass wir scheitern.»

Neukomm im Tagblatt vom 17.10.91

Materiell sei die Anordnung des Statthalters falsch, führte Neukomm aus. Es sei aber unbestritten, dass auf dem Platzspitz ein Handlungsbedarf bestehe. Entsprechende Signale habe er nicht nur von auf dem Platzspitz tätigen Institutionen, sondern auch von Drogensüchtigen und freiwilligen Helfern. Der Stadtrat habe bereits eine schrittweise Politik hin zu einer – über Zürichs

Grenzen hinaus – verdeckten und dezentralen Szene eingeleitet. Eine Arbeitsgruppe sei daran, bis Ende Oktober neue Elemente einer solchen Politik zu erarbeiten. Der Stadtrat wolle aber nicht in die Vertreibungspolitik früherer Jahre zurückfallen und er wolle eine Abwanderung der Szene in Wohngebiete, zum Beispiel in den Kreis 5, verhindern. Die Aids-Prophylaxe müsse weiterhin gewährleistet werden. Der Süchtige habe Anspruch auf Lebenshilfe und Hilfen zum Ausstieg.



Foto: Gertrud Vogler

November

Die absehbare Schliessung des Platzspitzes und die angestrebte Dezentralisierung, auch durch Rückschaffung von DrogenkonsumentInnen in ihre Wohngemeinde, hat zur Folge, dass in den Zürcher Landgemeinden, beim Kanton Zürich und angrenzenden Kantonen Alarmstimmung ausbricht.

Die nötigen Ueberlebenshilfeangebote gibt es nicht-oder nur in ungenügender Zahl. Es fehlt insbesondere kurzfristig an Notschlafstellenplätzen, an Kontakt- und Anlaufstellen und an

Therapieplätzen. Am 17.11.91 gibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine dringliche Interpellation bekannt, dass die Zürcher Landgemeinden bei einer Schliessung des Platzspitzes die Betreuung von 200 - 300 DrogenkonsumentInnen übernehmen müssten. Momentan stünden aber erst 80 Plätze in Notschlafstellen und 50 - 100 Plätze in Psychiatrie-Einrichtungen für kranke Süchtige zur Verfügung. Die Zahl von 200-300 DrogenkonsumentInnen wurde aus Polizeistatistiken abgeleitet, die besagen, dass ca. 20 % der täglich 2000 KonsumentInnen auf dem Platzspitz

ihren Wohnsitz in einer Landgemeinde haben. In seiner Interpellationsantwort betont der Regierungsrat, dass bei einer kurzfristigen Schliessung des Platzspitzes die zusätzlich geplanten Plätze noch nicht zur Verfügung stehen werden. Die dezentralen Hilfsangebote für DrogenkonsumentInnen beschäftigen nun

auch die Medien. Es erscheinen verschiedene Artikel zu diesem Thema, z.B. zur Situation in Thalwil oder im Aargau.

19.11.91 Fachtagung der ZAGJP zur Drogenpolitik. Der VGGG stellt sich vor.

Volksinitiative "Tabula rasa" in der Drogenpolitik

Der Bund hat sich im Frühjahr und im Herbst 1991 klar gegen eine liberale Drogenpolitik entschieden. Damit wird auf Jahre hinaus an einer repressiven, unmenschlichen, teuren und von sehr vielen als gescheitert erkannten Drogenpolitik festgehalten, welche bewirkt, dass

- ein illegaler Schwarzmarkt existiert...
- Mafia und Drogenkartelle Milliarden Gewinne erzielen...
- Drogengelder (welt)wirtschaftlich eine massgebende Rolle spielen können...
- in Anbauländern die Bevölkerung vermehrt ausgebeutet wird und unter den Folgen der Drogenkriege leidet...
- 170 bis 200 Mio. Franken jährlich für repressive Massnahmen ausgegeben werden, ohne dass dadurch ein Rückgang des Konsums oder des Angebots von illegalen Drogen erreicht wird...
- die Gefängnisse überfüllt, Justiz und Polizei überlastet und überfordert sind...
- durch die Ächtung einzelner Drogen und deren KonsumentInnen eine umfassende Aufklärung im Umgang mit Genuss- und Suchtmitteln in der Bevölkerung, insbesondere bei Jugendlichen, verhindert wird... ..
- die Schweiz sich in dieser Frage der EG-Drogenverbotspolitik anpasst...
- die hohen Schwarzmarktpreise DrogenkonsumentInnen zu Beschaffungskriminalität, -prostitution und zum Dealen zwingt...
- Gesundheitsschäden, Verelendung sowie Todesfälle dramatisch zunehmen...
- therapeutische und präventive Angebote wenig Erfolge erzielen...
- szenennahe Hilfsangebote ihre Aufgabe kaum erfüllen können, sondern zur "sozialen Verwaltung" des Elends verkommen...

*Wir, Fachleute aus dem Drogen- und Aidsbereich, sind überzeugt, dass diese Politik zwangsläufig zu noch mehr Elend, Angst, Gewalt, Kriminalität und noch höheren Kosten führt. Daher treten wir für eine grundlegend neu orientierte Drogenpolitik ein und bereiten die **Volksinitiative "Tabula rasa" in der Drogenpolitik** vor.*

Die Initiative will die Aufhebung der heute geltenden Strafbestimmungen für illegale Drogen. Statt dessen sollen Produktion, Vertrieb und Handel staatlich reguliert werden.

Die Volksinitiative "Tabula rasa" in der Drogenpolitik will erreichen, dass

- dem illegalen Schwarzmarkt der Boden entzogen wird...
- die Mafia das Interesse am Drogengeschäft verliert...
- die Schweiz modellhaft eine Alternative zur "war on drugs"-Politik demonstriert...
- die Schweiz direkte Handelsbeziehungen zu den Anbauländern aufbauen kann...
- ein Teil der enormen Ausgaben für repressive Massnahmen eingespart - sowie ein Teil davon für die Prävention eingesetzt wird...
- die Bevölkerung vorurteilslos und sachlich bezüglich dem Umgang mit Sucht- und Genussmitteln informiert und aufgeklärt wird...
- sich die Schweiz mit einem neuen Ansatz in der Drogenverbotspolitik der EG exponiert...
- durch gesetzlich regulierte Drogenpreise Beschaffungskriminalität, -prostitution, der Kleinhandel und hiermit die Verelendung wegfallen und dadurch soziale Zugehörigkeit möglich wird...
- durch kontrollierte, stabile Drogenqualität Überdosierungen vermieden werden...
- durch andere Einnahmeformen wie sniffen und rauchen Todesfälle und Krankheiten massiv reduziert werden...
- süchtige Menschen, da nicht mehr kriminalisiert und geächtet, in Eigenverantwortung therapeutische Angebote nutzen können...
- durch offene Aufklärung und Auseinandersetzung Jugendliche begleitet werden können, einen verantwortungsvollen Umgang mit Sucht- und Genussmitteln zu finden...



**VEREIN
GEGEN
GESELLSCHAFTLICHE
GLEICHGÜLTIGKEIT**
Postfach 8155 8036 Zürich

Resolution
der ZAGJP-Fachtagung zur Drogenliberalisierung
Zürich, 19. November 1991

Einsichten

1. Das Aufkommen kulturfremder Genuss- oder Suchtmittel war schon immer begleitet von Angst und Abwehr. Tabakkonsum und Kaffeegenuss wurden nicht weniger heftig bekämpft als die illegalen Drogen von heute. Die Argumente dagegen gleichen sich bis in die Wortwahl. In keinem Fall aber vermochten selbst drastische Strafmassnahmen die Verfügbarkeit und den Gebrauch der jeweiligen Stoffe zu vermindern oder gar zu verhindern.
2. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass auch die heute verbotenen Drogen mit repressiven Mitteln nicht aus der Welt zu schaffen sind. Solange Drogen schwarz gehandelt und illegal konsumiert werden, liegt der einzige Gewinn im lukrativen Schwarzhandel. Die sozialen, gesundheitlichen und seelischen Kosten gehen einerseits zulasten der KonsumentenInnen. Sie werden andererseits von den Produzenten getragen. Auch der Staat gehört zu den Verlierern. Die wirtschaftlichen Kosten der Drogenbekämpfung sind unverhältnismässig hoch, gemessen an ihrem Nutzen. Daran vermag auch die lauteste Kriegserklärung nichts zu ändern.
3. Angesichts der Not in den sichtbaren Drogenszenen der Schweiz sind Aengste verständlich und ernst zu nehmen. Aber die Verelendung Drogenabhängiger steht in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Schädlichkeit der einschlägigen Rauschmittel. Die Aechtung der illegalen Drogen steht in krassem Missverhältnis zur Toleranz gegenüber herkömmlichen Suchtmitteln und führt automatisch zur Ausgrenzung ihrer KonsumentenInnen.
4. Die Auflösung offener Drogenszenen, wie sie zur Zeit in einigen Schweizerstädten angestrebt wird, ist wenig erfolgversprechend, solange der Widerspruch von Prohibition und Hilfsmassnahmen, von Ausgrenzung und Bevormundung aufrecht erhalten bleibt. Ebenso untauglich wie eine konsequent repressive Drogenpolitik ist wohl nur eine: die inkonsequent Liberale.

Aussichten

5. Wir fordern deshalb die politisch Verantwortlichen - insbesondere auf Bundesebene - auf, die Einsichten und Erfahrungen der Drogenfachleute, wie sie auch im Bericht der Subkommission "Drogenfragen" der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission zum Ausdruck kommen, ernst zu nehmen und daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.
6. Die TeilnehmerInnen der ZAGJP-Drogenfachtagung vom 19. November 1991 befürworten die **Aufhebung der heute geltenden Strafbestimmungen für illegale Drogen**. Statt dessen sollen Produktion, Vertrieb und Handel staatlich reguliert werden. Dem illegalen Schwarzmarkt würde dadurch der Boden entzogen. Der Verelendung unter Drogenabhängigen könnte wirksamer begegnet werden. Beschaffungskriminalität und Prostitution würden wegfallen. Abhängige Menschen könnten in Eigenverantwortung therapeutische Angebote nutzen...
7. **Wir fordern die politische Verantwortlichen auf, diese Option ernsthaft zu prüfen und zu verfolgen.**

Vor allem erwarten wir,

- dass Schritte in diese Richtung nicht verbaut werden durch Ratifizierung des Wienerabkommens von 1988 oder Unterzeichnung anderer internationaler Vereinbarungen, die eine Drogenliberalisierung verunmöglichen.

- dass die in Aussicht gestellten Versuche der kontrollierten Drogenabgabe an Süchtige schnellstmöglich realisiert werden, in einer ernstzunehmenden Grössenordnung, die nicht nur "wissenschaftliche" Rückschlüsse ermöglicht, sondern auch heilsame Auswirkungen zulässt.

- dass die Cannabisprodukte aus der Liste der verbotenen Substanzen im Betäubungsmittelgesetz wieder gestrichen werden.

20.11.91 Auch der Gemeinderat findet Gitter politisch modisch. Das neuste Korsett kostet runde 2 Millionen Franken und soll des Nachts jeweils zwischen 1.00 und 4.00 Uhr das Shop-Ville von der Aussenwelt bewahren, oder umgekehrt. Der Gemeinderat entschied sich für diesen Schritt unter Namensaufruf: 55 Ja, 51 Nein, 2 Enthaltungen, bei 17 Abwesenden war das Resultat. Folgekosten der Tore jährlich um die 195'000 Franken. Damit könnten 10 PernerInnen ihre Nächte das ganze Jahr in einem Hotel der 50 Franken - Klasse verbringen, Frühstück inbegriffen. Die Fachreferentin Ursula Koch erklärt dem Gemeinderat die hohen Kosten: Diese seien so hoch, weil jedes der 23 oder 24 Gitter verschieden angefertigt werden müsse.

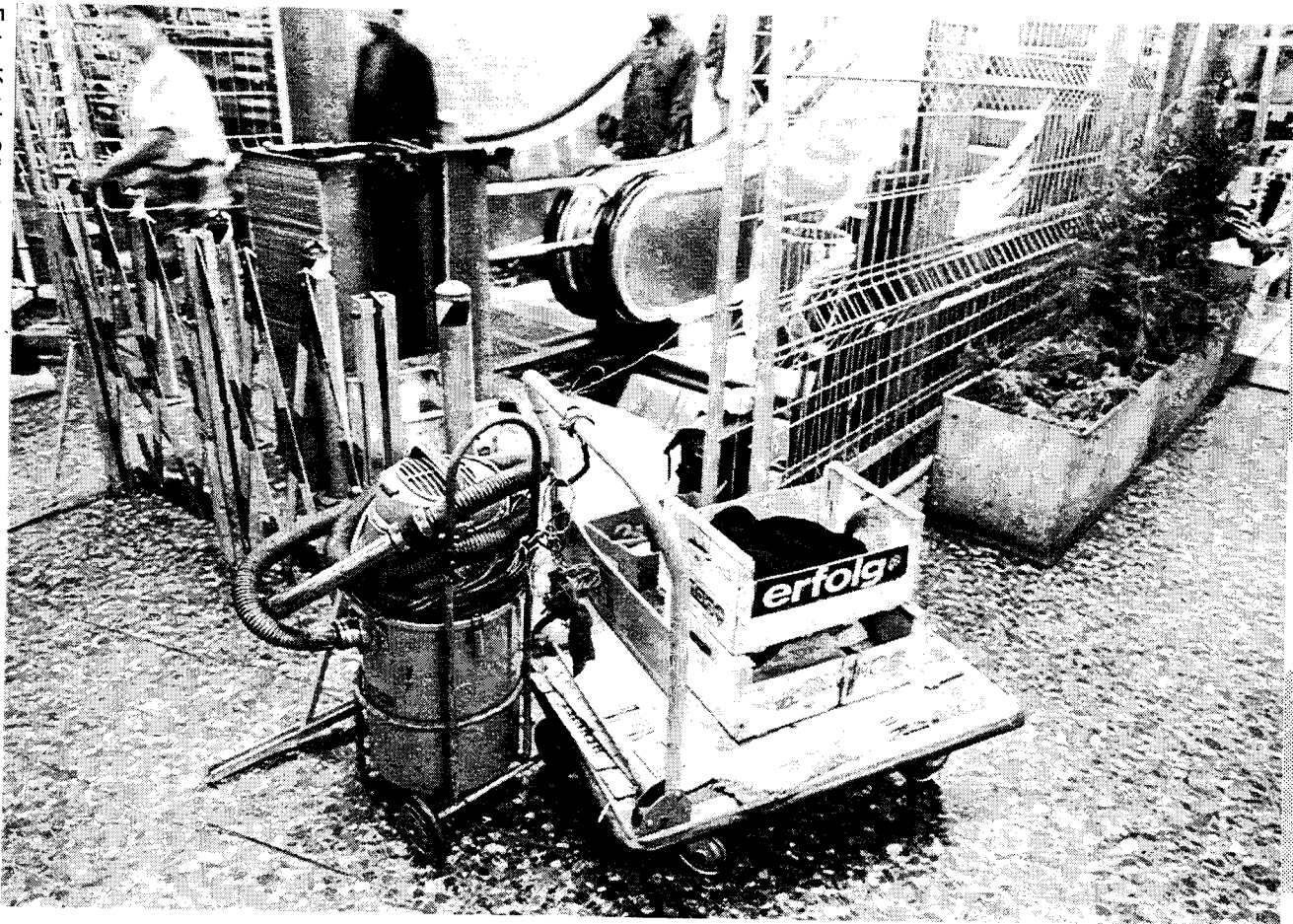
20.11.91 Gleichentags beginnt in Zürich die zweite internationale Städtekonferenz zum Drogenproblem, an der Delegationen aus 30 europäischen Städten und Provinzen teilnehmen. Emilie Lieberherr als Vertreterin von Zürich ruft die TeilnehmerInnen der Konferenz auf, für eine humane und liberale Drogenpolitik einzustehen. In ihrem Referat stellt sie fest, dass ein Grossteil der PolitikerInnen in der Drogenpolitik verstärkt zu Repressions- und

Prohibitionskonzepten tendieren....

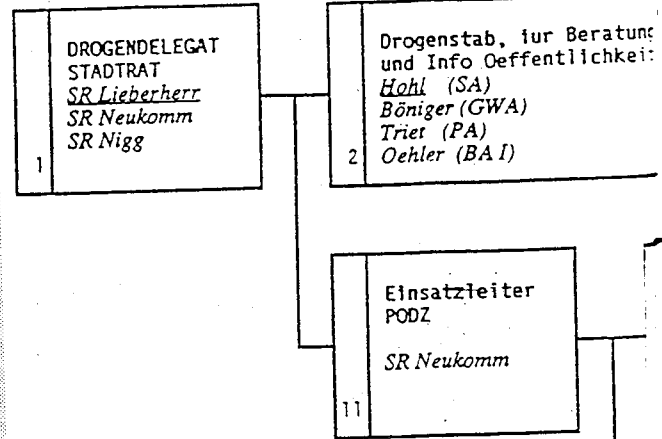
So habe z.B. die Versammlung des Europarates im Januar 91 einmal mehr den Kampf gegen Drogen proklamiert und allen Liberalisierungsbestrebungen eine Absage erteilt. Die Städte, welche die Hauptlast einer prohibitiven Drogenpolitik tragen, wollen bei der Ausgestaltung der Drogenpolitik mehr Mitbestimmungsrecht. Lieberherr dazu später in ihrem Referat: "Wir dürfen nicht länger zulassen, dass an grünen Tischen über unsere Köpfe hinweg Entscheide getroffen werden, welche am Alltag der Drogenproblematik in den Städten beharrlich vorbeiziehen". Durch eine gemeinsame Vorgehensweise wollen die Städte nun europaweit drogenpolitische Zeichen setzen.

27.11.91 Der Stadtrat gibt Bildung der "Projektorganisation Offene Drogenszenen Zürich" (PODZ) bekannt. Taten und Worte. Worte, Referate wie das oben erwähnte von Stadträtin Lieberherr an der zweiten internationalen Drogenkonferenz, Worte wie Legalisierung, humane und liberale Drogenpolitik finden ihren Weg in die Medien. Verbale Scheingefechte der Stadtregierung gegen den sturen Bund und die KritikerInnen der realen städtischen Dro-

Foto: Katrin Götsch



genpolitik. Aber die wirksame Sprache wird offensichtlich, wenn man/frau das Amtsdeutsch eines Fürsorgeamtpapiers mit dem Titel, "Massnahmen- und Zeitplan betreffend Reorganisation der Obdachlosenhilfe", liest. Das ist auch die Sprache, die Taten bewirkt. Braune Pässe für DrogenkonsumentInnen, die Anspruch auf die Nutzung der städtischen Hilfseinrichtungen haben, Ausschaffung für den Rest, die ihren Wohnsitz nicht in Zürich haben.



NOU-20-191 12:43 ID:STADTHAUS ZUERICH

TEL NO: 012114256

#644 P02/02



Informationsstelle der Stadt Zürich

Stadthaus Telefon 216 31 04/5 Telefax 01/211 42 56 Postfach, 8022 Zürich 1 27. November 1991

Im Anschluss an die Stadtratssitzung informierte die Drogendelegation über das weitere Vorgehen in der Drogenpolitik:

Projektorganisation "Offene Drogenszenen Zürich"

Die Drogendelegation des Stadtrates (Stadträtin Lieberherr, Stadträte Nigg und Neukomm) hat mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von fünf verschiedenen Verwaltungsabteilungen die Projektorganisation "Offene Drogenszenen Zürich" (PODZ) gebildet. Als Einsatzleiter bestimmte die Delegation Stadtrat Robert Neukomm. Nebst einem Stab umfasst die PODZ die drei Bereiche "Gasseneinsatz", "Uebergangshilfe" und "Bauten".

Die Drogendelegation hat der PODZ den Generalauftrag erteilt, die offenen Drogenszenen Zürich bis Anfang Sommer 1992 abzubauen. Noch dieses Jahr soll die Polizei die Kontrollen und Präsenz in den Quartieren rund um den Platzspitz und um den Hauptbahnhof verstärken. Ausserdem hat die Projektorganisation den Auftrag, eine Uebergangshilfsstelle einzurichten, die Nachtschliessung des Shop-Villes und des Platzspitzes vorzubereiten sowie geeignete Massnahmen zu finden, um auswärtige drogensüchtige Personen zur Heimkehr zu bewegen.

Für den Betrieb der Uebergangshilfsstelle bemüht sich die Stadt Zürich beim Kanton um die Unterstützung durch den Zivilschutz.

ein 'Abfluss' von Benüt-
führende Wohnangebote we



20.11.91 ASE Wü/Hü/jb

Massnahmen- und Zeitplan betreffend Reorganisation der Obdachlosenhilfe

1. Ausgangslage

Am 30.10.91 hat der Stadtrat beschlossen, die zehn drogenpolitischen Grundsätze abzuändern sowie konkrete Massnahmen in Zusammenhang mit der Drogenszene Platzspitz in die Wege zu leiten. Die sozialen und medizinischen Hilfeleistungen sollen – ausgenommen in Notfällen – auf die Bewohner/ Bewohnerinnen der Stadt Zürich beschränkt werden. Die Zutrittsbeschränkung zu den bisher niederschweligen Einrichtungen der Ueberlebenshilfe erfordert eine Reorganisation des städtischen Obdachlosenangebots und im speziellen der Notschlafstellen. Die Abteilung Soziale Einrichtungen des Fürsorgeamtes muss deshalb ihr Obdachlosenangebot ab dem Zeitpunkt der Durchsetzung der obenerwähnten Massnahmen ausschliesslich auf Zürcher/Zürcherinnen beschränken.

2.3. Der Ausweis

Der Ausweis soll den Zugang zu sämtlichen Einrichtungen der Ueberlebenshilfe ermöglichen. Er soll deshalb auch den Ansprüchen der Beschäftigungsprogramme des Jugendamtes genügen. Der Ausweis dokumentiert die Möglichkeit der Benützung eines Schlaf- oder Arbeitsplatzes, nicht aber das Recht darauf.

Ausweis für: Name, Vorname

Der/die rechtmässige Inhaber/ Inhaberin dieses Ausweises kann zu den folgenden Einrichtungen Zulass erhalten:

- Städtische Notschlafstellen
- Beschäftigungsprogramme des Jugendamtes

Die Reglemente der einzelnen Einrichtungen behalten ihre Gültigkeit (Betriebszeiten, Auslosen, Hausregeln usw.)

Gültig bis: _____

Ausstelldatum: _____

Stempel und Unterschrift der
Amtsstelle:

Foto mit Stempel
der Amtsstelle

Unterschrift des Karteninhabers/
der Karteninhaberin

3.4. Begleitetes Wohnen

Damit in den kostenintensiven Notschlafstellen ein 'Abfluss' von Benutzerinnen und Benützern möglich wird, müssen weiterführende Wohnangebote weiter gefördert werden. Das Begleitete Wohnen stellt diesbezüglich eine wesentlich kostengünstigere Alternative dar. Es kostet mit ø Fr. 13.-- pro Person und Nacht ein Bruchteil eines Notschlafstellenplatzes. Vor allem ermöglicht es einen weiterführenden Schritt in Richtung Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Es richtet sich ausschliesslich an Menschen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich.

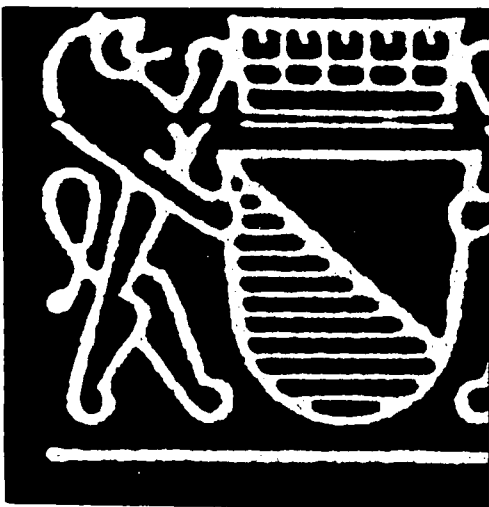
Stadt EL
Lorenz (Pol)
Lorenz (SA)
Lorenz (SAD)
Lorenz (PA)
Lorenz (OC)

Verteilt:
F. Stapo

Polizeieinsatz
Lorenz (Pol)

Lebensganghilfe
Lorenz (SA)
Lorenz (SAD)

Betten
Lorenz (BA I)
Lorenz (BA II)



erinnen
er ge-
entlich

29.11.91 Fackelumzug durch die Zürcher Innenstadt aus Anlass des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember.

30.11.91 Eltern und Angehörige von drogenabhängigen Jugendlichen gehen in Zürich und in Bern auf die Strasse. In Zürich zogen vormittags etwa 200 Betroffene in einem stillen Demonstrationzug vom Paradeplatz durch

die Bahnhofstrasse zum Walchekiosk beim Platzspitz. Auf den mitgetragenen Transparenten und in Flugblättern fordern sie die Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen und als nächster Schritt die kontrollierte Abgabe von Drogen. Weiter stellen die DemonstrantInnen fest, dass ihre Erfahrungen als Angehörige von drogenkonsumierenden Jugendlichen insbesondere von Politikern und Fachleuten kaum zur Kenntnis genommen werden. Nach

An die Mitglieder der Elternvereinigung DAJ Zürich

INFO INFO INFO INFO INFO INFO INFO INFO INFO INFO INFO INFO

An der Dachverband-Bolderntagung VEV-DAJ zum Thema Solidarität hat sich eine 'Randgruppe' von betroffenen Eltern gebildet, welche zu einem Manifest aufruft. Die auf der beigelegten Telefonliste aufgeführten Eltern geben Ihnen weitere Auskünfte. Der nachfolgende Text wird an alle Medien in der ganzen Schweiz gesandt. Wir möchten Sie nicht nur informieren sondern auch motivieren, am 30. November mitdabeizusein.

PRESSE - MITTEILUNG

Manifest der Eltern und Angehörigen von Drogenabhängigen

Die zunehmende Repression gegen ihre suchtmittelabhängigen Kinder setzt auch Eltern und Angehörige noch stärker unter Druck. Ihre verzweifelte Lage und der unbeschreibliche Leidensdruck, der im Alltag auf ihnen lastet, wird von der Öffentlichkeit, von Politikern, Behörden und Fachexperten kaum zur Kenntnis genommen.

Eltern von Drogenabhängigen, Angehörige und Mitbetroffene aus der ganzen Schweiz (Region Aarau, Basel, Bern, Graubünden, Luzern, St. Gallen, Solothurn, Tessin, Wadtland, Zug und Zürich) treffen sich am

→ Samstag, 30. November 1991
um 10.30 Uhr
auf dem Paradeplatz in Zürich

und anschliessend
um 14.00 Uhr
auf dem Bärenplatz in Bern

um in einem Akt der Solidarität ihren Forderungen nach:

- Entkriminalisierung ihrer suchtmittelabhängigen Kinder
- Aenderung des Betäubungsmittelgesetzes
- Schaffung von mehr niederschweligen Therapieplätzen
- Dezentralisierung aller Hilfsangebote (Wohnen, Not-schlafstellen, Arbeit, Ausbildung, Begegnung)
- Mehr Mitsprache in der Drogenpolitik, bei Präventions- und Therapiekonzepten

Ausdruck zu geben.

PS: Bewilligungsgesuche für Bern und Zürich wurden eingereicht.

der Kundgebung in Zürich fahren die DemonstrantInnen nach Bern, wo sie ein zweites Mal auf die Strasse gehen. Im Bundeshaus wird für Bundespräsident Cotti ein Brief hinterlegt, in dem die Revision des Betäubungsmittelgesetzes verlangt wird, was eine kontrollierte Abgabe von Drogen erleichtern würde. Weitere Forderungen des Briefes sind Entkriminalisierung und mehr dezentrale Hilfsangebote für DrogenkonsumentInnen.

Dezember

5.12.91 Mit einer unbewilligten Demo wird auf die Situation, der vom Abruch bedrohten Häuser an der Bäckerstrasse aufmerksam gemacht. Um die 200 Leute ziehen aus Solidarität mit den BesetzerInnen lautstark die Bahnhofstrasse hinauf und hinunter und verteilen Flugblätter gegen die allgemeine städtische Vertreibungspolitik.

WIR LASSEN UNS NICHT VERTREIBEN !

Wir tummeln uns heute in der Bahnhofstrasse, einer Gegend, in der wir eigentlich nichts zu suchen haben - weil wir hier nichts finden würden, das unseren Bedürfnissen entspräche. Oder kennen Sie hier eine freie Wohnung, gross und billig?

Wenn wir trotzdem hier sind, so um Sie in Ihrer emsigen Einkaufstätigkeit kurz zu unterbrechen.

Im Schatten vom hiesigen Glanz und Glimmer herrscht Wohnungsnot. Und diese Wohnungsnot hat sehr wohl zu tun mit der Bank, bei der Sie vorhin Geld geholt haben, um es hier auszugeben - und wo es wieder landen wird. Auf dass die Bank gedeihe, noch mehr Häuser kauft, und billigen Wohnraum zerstört.

Die Bank ist aber nicht nur auf Ihr Geld angewiesen. Grosse Happen holt sie sich aus dem Drogengeschäft und dem Fluchtgeld. Freilich müssen sich die Bänkler zu diesem Zweck nicht auf den Platzspitz begeben, und so müssen sie sich auch nicht ansehen, auf wessen Kosten sie ihre Profite machen.

Auch in kein Flüchtlingslager müssen sie ihren Fuss setzen, denn die Menschen, die aus wirtschaftlicher Not und politischer Verfolgung aus ihrem Land fliehen mussten, haben kein Geld mitgebracht. Hingegen hat ihre Not sehr wohl zu tun mit dem erpressten Geld, das ihre reichen Landsleute ausser Landes in Sicherheit gebracht haben, zum Beispiel in die Schweiz.

Obdachlose und DrogengebraucherInnen sind Menschen, die nicht in ein reibungslos funktionierendes Verwertungskonzept passen. Es sind zudem oft Menschen, die da auch gar nicht reinpassen wollen. Die Flüchtlinge werden als billige und rechtlose Arbeitskraft von der Wirtschaft vorübergehend gebraucht, um dann mit Hilfe des Asylgesetzes wieder auf die Flucht geschickt zu werden.

Wer sich nun auf die eine oder andere Weise wehrt, stört, stört oft schon durch blosse Anwesenheit, und wer stört, soll vertrieben werden: die DrogengebraucherInnen vom Platzspitz, die UebernachterInnen aus dem Shopville, die Flüchtlinge aus dem Land, die BettlerInnen von der Bahnhofstrasse und die ohne Wohnung aus den besetzten Häusern und Fabriken.

Vertreiben, wegschaffen, ausschaffen - aus den Augen, aus dem Sinn?

Wir lassen uns aber auf Dauer nicht vertreiben. Wir kommen wieder. Und wir sind immer mehr. Weil es immer mehr Wohnungsnot gibt, immer mehr Leute sich der Leistungsgesellschaft verweigern, immer mehr Menschen infolge der alten und erst recht der neuen Weltwirtschaftsordnung fliehen müssen.



Diese Situation ist der sozialdemokratischen Regierung der Stadt Zürich nicht unbekannt. Wie sie sich darauf vorbereitet, demonstriert sie seit ihrem Amtsantritt. In neuerer Zeit unter anderem mit der brutalen Räumung der von KurdInnen besetzten türkischen Bank, mit der rabiatischen Beendigung der Protestbesetzung in der Amtsvormundschaftsbehörde (anlässlich der bevorstehenden Räumung des besetzten Hauses an der Hottingerstrasse) und gegenwärtig mit der in die Wege geleiteten Räumung des Platzspitzes und Schliessung des Shopvilles.

Sie nehmen damit Tote in Kauf, und sie wissen es.

Dass eine Vertreibung nicht mehr als Vertreibung bezeichnet werden darf - laut Neukomm, ändert nichts an der Tatsache, dass Vertreibung stattfindet.

Im Bestreben, sich an der Macht zu halten, nähert sich die sozialdemokratische Regierung immer mehr jenen reaktionären Kreisen an, die seit Monaten eine Hetze gegen besetzte Häuser, Wohlgroth, Platzspitz und Flüchtlinge betreiben und von denen sie sich verbal immer distanzierte. Mit ihren Taten jedoch macht sie sich zum Handlanger genau dieser Hetze. Nicht mal den "human touch", auf den sie so Wert legt, gelingt es ihr aufrechtzuerhalten.

Wir nennen die Dinge immer noch beim Namen: eine Vertreibung ist eine Vertreibung. Wohnungsnot ist Wohnungsnot.

KEINE RÄUMUNG VON BEWÖHNTEN HÄUSERN, PLÄTZEN UND FABRIKEN



Zürich, 5.12.1991

UND ÜBERHAUPT: BÄCKI BLEIBT

6.12.91 Neues von der Drogendelegation des Zürcher Stadtrates. Die Räumung des Platzspitzes konkretisiert sich.

Die Drogenszene Platzspitz soll Ende Winter 1992 endgültig geräumt werden. Dies teilte die Drogendelegation des Zürcher Stadtrates am Freitag an einer Pressekonferenz mit. Bereits ab Mitte Januar will der Stadtrat den Platzspitz sowie das Shop-Ville jeweils nachts schliessen. Als Notbettenstation für auswärtige Drogenabhängige wird zudem noch vor den Festtagen eine Zivilschutzanlage im Kreis 3 eingerichtet. Wie der Stadtrat weiter mitteilte, hat der Regierungsrat einem Einsatz von Zivilschützern bei der Betreuung der Fixer und Fixerinnen grundsätzlich zugestimmt.

Private Hilfsorganisationen boykottieren stadträtliches Konzept

Die Interessengemeinschaft Private Drogenhilfe hat am Freitag an einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass sie ihre Hilfsangebote nicht auf die Drogenabhängigen mit Wohnsitz in Zürich beschränken will, wie dies der Stadtrat verlangt.

Der Interessengemeinschaft Private Drogenhilfe (IGPD) gehören zehn in Zürich tätige Organisationen an, darunter die Arbeitsgemeinschaft für Zürcher Jugendprobleme (ZAGJP), die mit städtischen Subventionen eine Notschlafstelle an der Hörnlistrasse im Stadtkreis 11 betreibt. Notschlafstellen und Arbeitsbeschaffungsprogramme sollen nach den Plänen des Stadtrates künftig nur noch jenen Drogenabhängigen offenstehen, die Wohnsitz in Zürich haben. Die IGPD sträubt sich gegen das Konzept und teilte Stadträtin Emilie Lieberherr anlässlich einer Aussprache am Donnerstag mit, dass sämtliche ihrer Hilfsangebote auch in Zukunft allen Betroffenen zugänglich sein werden. Eine Selektion lehnt die IGPD ab und schlägt statt dessen eine Garan-

tierklärung aller Gemeinden vor, finanziell für ihre Abhängigen aufzukommen, unabhängig davon, wo diese betreut werden. Die Vorsteherin des Sozialamtes droht den privat geführten Organisationen mit der Streichung von Subventionen, falls sie sich dem stadträtlichen Konzept nicht anpassen.

Wie Ernst Haneter von der IGPD am Freitag an einer Pressekonferenz erklärte, sei man mit dem Stadtrat einig, dass die Situation am Platzspitz für die Benutzer wie auch für die Bevölkerung untragbar geworden sei. Die geplante Räumung sei aber eine überstürzte «militärische Pfadiübung».

Die zwölf Zürcher Gemeinden, in denen dezentrale Drogenszenen entstehen sollen, seien zu wenig auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Es sei fraglich, ob die Gemeinden die geforderte Integrationshilfe für Drogensüchtige in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Betreuung überhaupt realisieren und vor allem finanzieren könnten. Die Interessengemeinschaft fordert daher einen kantonalen Finanzpool zur sofortigen Finanzierung von Hilfsangeboten, un-

abhängig davon, wo diese betrieben werden.

Der Stadtrat habe zudem zu wenig abgeklärt, ob die geplante Rückschaffung der Süchtigen rechtlich überhaupt durchführbar sei und die Gemeinden bereit sind, Drogenhandel zu tolerieren, damit die Süchtigen bleiben und nicht wieder in die Stadt zurückkehren. Grundsätzlich ist die Interessengemeinschaft der Meinung, dass jede Drogenpolitik zum Scheitern verurteilt ist, solange die Prohibition hohe Gewinne ermöglicht.

Der IGPD gehören neben der ZAGJP der Verein Drogenentzug und Drogenhilfe, die Zürcher Arbeitskette, die Gemeinschaft Arche und das Zürcher Aids-Projekt (ZAP) an. Weitere Mitglieder sind das Arbeitsbeschaffungsprogramm «ETCETERA» des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks, der Verein für Jugendwohngruppen, die Elternvereinigung DAJ, die Arbeitsgemeinschaft Platzspitz sowie die Organisation PLUS (Schweizer Jugendschiffe zur See). (dd.)

6.12.91 Die K&A Taro an der Limmatstrasse neben dem Carparkplatz, in unmittelbarer Nähe des Platzspitzes wird voraussichtlich bis am 10.12. geschlossen. Der Grund ist in erster Linie, dass die verstärkte Polizeirepression auf und um den Platzspitz die Leute vermehrt an andere Plätze treibt, zum Beispiel in die Tagräume für Obdachlose. Das Taro ist da von seiner Platzspitznähe her prädestiniert. In letzter Zeit waren die Räumlichkeiten meistens überfüllt. Anscheinend haben sich aber auch die Dealer hineingedrängt und es kam zu zahlreichen Schlägereien, die von diesen angezettelt wurden. Nach Auskunft der K&A-Angestellten zückten die Dealer auch ihre halbautomatischen Waffen, um DrogenkonsumentInnen damit zu bedrohen. Das war Grund genug für die Angestellten und ihre Vorgesetzten beim Sozialamt, das Taro vorübergehend zu schliessen. Ein kleiner Vorgeschmack auf die Platzspitzschliessung und die vom Stadtrat angestrebten verdeckten Szenen.

8.12.91 Deutliches Nein der Zürcher StimmbürgerInnen bei der zweiten Kanzleibestimmung. Vor 15 Monaten war das Nein zum Definitivum

Kanzlei noch äusserst knapp. Zum pflegeleichteren, von unliebsamen, politischen Gruppierungen befreiten, kompromissbereiten, unter der Aegide der Pro Juventute stehenden Kanzleizentrum, wollten aber noch viel weniger Leute ihr "Ja" in die Urne legen. War es der Aerger der StimmbürgerInnen, schon wieder über das Kanzleizentrum abstimmen zu müssen? War es die gekonnte oppositionelle Schlammschlacht, insbesondere aus der rechtsbürgerlichen Küche, gegen das Kanzlei? Waren es die konservativen SP-WählerInnen an den Stadträndern oder sonstwo, die mit alternativer Kultur auch nicht allzuviel am Hut haben? War es die falsche Politik der KanzleibenutzerInnen gewesen: Anpassen anstatt Aufmucken? Anyway, das Kanzleizentrum wird in kürzester Zeit geschlossen sein. Ein Platz, Begegnungsort, eine Infrastruktur für Frauen, AusländerInnen, KulturtäterInnen, QuartierbewohnerInnen, Kinder, HängerInnen, Oekofritzen und -emmas, Hunde und Komposthaufen, Discoverfressene und Hardcorer, linkspolitisch Agierende und Arbeitslose diesen Ort wird es nicht mehr geben. Das Kanzlei wird noch vor dem Platzspitz geschlossen sein. Nach dem Frust der Abstimmung werden verschie-